

Deutsche Gewerbezeitung

Erscheinen:
Wöchentlich 2 Nummern;
mit vielen Holz-
schnitten und Figuren-
tafeln.
Preis:
5½ Thaler oder
9 Gulden 20 Kr. rhein.
jährlich.
Bestellungen auf das
Blatt sind in allen Buch-
handlungen und Postämtern
des In- und Auslandes zu
machen.



Beiträge:
an F. G. Wied,
und
Inserate:
(zu 1 Rgr. die dreispaltige
Zeile Petit)
sind an die Buchhandlung
von Robert Bamberg
in Leipzig zu richten.
Angemessene Bei-
träge für das Blatt
werden honorirt.

Sächsisches Gewerbeblatt.

Verantwortlicher Redakteur: Friedrich Georg Wied.

Inhalt: † Deutsche Handels- und Industriepolitik. — † Referat über Zölle, Handelsverträge und Handelskonsulate. Von H. Scharf. III Dis-
ferenzialzölle. — Ueber die Vertretung der Industrie in der preussischen Nationalversammlung. — Technische Musterung. Eine zu-
gleich rotirende und sich schwingende Dampfmaschine. (Mit einem Holzschnitt.)

137te Sitzung der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M.

† Deutsche Handels- und Industriepolitik.

Auf der Tagesordnung stand die Berathung des von dem Ab-
geordneten Herrn Stahl Namens des volkswirtschaftlichen Aus-
schusses erstatteten Berichtes über die in der Sitzung vom 23. Septem-
ber v. J. gemachten Vorschläge des Herrn Reichs-Handelsministers
Duckwitz, die kommerzielle Einheit Deutschlands betreffend. Der
Ausschuss hatte sich bei dieser Berathung in eine Majorität und
eine Minorität gespalten, deren wesentliche Divergenz darin lag, daß
die Majorität (10 Stimmen) der Zentralgewalt die Einbringung
von Gesetzentwürfen in Bezug auf Handels- und Industrie-Politik
des Reichs überlassen wollte, während die Minorität (auch 10
Stimmen, laut den Unterschriften!) es für gerathener hielt, daß die
Nationalversammlung sofort einen Gesetzentwurf zur Feststellung
der deutschen Handels- und Industrie-Politik berathe. Eine
Anzahl von Mitgliedern (7) der Minderheit hatte es überdies
für nöthig gefunden, sich über die Grundsätze im Einzelnen aus-
zusprechen. Mit denselben ist auch eine sehr große Majorität des
Ausschusses (18 Stimmen gegen 3 Stimmen einverstanden), und
eine Trennung der Ansichten ist nur in Bezug darauf eingetreten,
ob es besser sei, daß man der Zentralgewalt oder der Reichsver-
sammlung die Initiative in der Angelegenheit überlasse. Unserer
Ansicht nach kann darüber ein Zwiespalt der Meinungen herrschen
ohne Gefahr für die Geltendmachung der großen Grundsätze, welche
die Minderheit aufstellt, und die wie Niemand bezweifeln wird,
in ihren kleinsten Ausläufen auch die unseigen sind. Wir glauben
jedoch unseren Freunden in der Minderheit nicht zu nahe zu treten,
wenn wir die Ansicht für keine verwerfliche halten, daß die Zen-
tralgewalt, deren Handhabe wir in der Hand des ersten Staates
im Zollvereine zu sehen von Herzen wünschen, unser Vertrauen
nicht täuschen werde, in dem wir fest erwarten, sie werde eine
Handels- und Industrie-Politik entfalten, welche Deutschlands In-
teressen entspricht und seiner Stellung würdig ist. Ja, die Zen-
tralgewalt kann gar keine andere Politik annehmen, und trotzdem
daß die Nationalversammlung den Antrag der Minderheit abge-
worfen hat, möchten wir behaupten, daß die bedeutend größte
Mehrheit für die, von der Minderheit entwickelten Grundsätze ist,
das Ministerium eingeschlossen. Auf den Bestand des Letzteren
kommt, meinen wir, auch nicht gar so viel an. Denn wer in
Deutschland herrschen will, nach dem was geschehen ist, geschieht

und noch geschehen wird, der kann nicht herrschen ohne die ma-
teriellen Interessen zu befriedigen. Diese aber sind zusam-
men gefaßt zu wohlverstandenen gleichen Vortheile im Acker-
bau und Gewerbe, unterstützt vom deutschen Handel. Die da-
gegen wirkenden Belange des ausländischen Handels können
unmöglich Raum gewinnen, jetzt, wo das Volk eine Stimme hat.
Und es wird sie vernehmlich ertönen lassen, gleichviel ob durch
Enquêtes oder durch Schrift oder Presse, oder ausgesprochen
durch seine Organe in den deutschen Ständeversammlungen. Der
Weg der Enquêtes wird von v. Reden besonders warm bevor-
wortet, und er ist auch in manchen Fällen ein höchst nothwendi-
ger, aber man wird es uns zugeben müssen, ein sehr zeitrauben-
der, wenn man ihm gründlich folgen will. Er muß später im-
mer eingeschlagen werden, damit die Aus- und Fortbildung der
Handels- und Industrie-Politik in richtigen Bahnen bleibe. Jetzt
aber handelt es sich darum, rasch vorzugehen, und nach den Ver-
sicherungen des Handelsministers haben wir bald Vorlagen zu er-
warten, die, man kann es nicht anders glauben, in Uebereinstim-
mung mit den deutschen Regierungen bearbeitet worden sind. Was
davon ab oder hinzu zu thun sein wird, darüber wird die Na-
tionalversammlung sich auszusprechen haben. Dieses wird der
Augenblick sein, wo jene deutschen Männer ihre Stimmen erhe-
ben und ihren ganzen Einfluß geltend machen müssen, um die
Grundsätze zur Annahme zu bringen, welche die Minderheit des
Ausschusses zur Aussprache gebracht, und die von ihren Rednern
und besonders vom Referenten Eisenstuck mit der ganzen Kraft
der Wahrheit vertheidigt wurden, in der Sitzung der Nationalver-
sammlung über die wir berichten. Wir würden zweifeln an der sie-
genden Gewalt der Wahrheit und Nothwendigkeit, wenn wir nicht die
feste Ueberzeugung aussprächen, daß das Ministerium der Ansicht
der Minderheit, die im Wesentlichen die der großen Mehrheit
im volkswirtschaftlichen Ausschuss in der Nationalversammlung
und in Deutschland ist, die „schuldige Rechnung tragen“, und in
diesem Geiste nicht seine Gesetzentwürfe einbringen wird. Daß
aber die Minderheit die Gelegenheit benutzt hat, zu sagen was
Millionen Deutsche mit der entschiedensten Kraft wollen, dafür
wird ihr weder der Dank noch der Ruhm entgehen. Unser Mis-
fallen, gelind ausgedrückt, aber allen Denen, welche durch die Haft